



15.05.2023 – 15:51 Uhr

Vorprojekt zur flexiblen Spurbewirtschaftung auf der Rheinbrücke Vaduz-Sevelen

Vaduz (ots) -

Die Regierung hat an ihrer Sitzung vom 9. Mai 2023 den Auftrag für die Ausarbeitung eines Vorprojekts für die Realisierung einer flexiblen Spurbewirtschaftung auf der Rheinbrücke Vaduz-Sevelen vergeben.

Nach den positiven Erkenntnissen des Verkehrsversuchs im Jahr 2020 zur Spurbewirtschaftung auf der Rheinbrücke Vaduz-Sevelen wurde das Amt für Tiefbau und Geoinformation beauftragt, eine Machbarkeitsstudie mit verschiedenen Lösungsstrategien auszuarbeiten. Diese Machbarkeitsstudie hat die Regierung im Herbst 2022 zur Kenntnis genommen und dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) übermittelt. Die Rückmeldung des ASTRA ist positiv und führt dazu, dass in einem nächsten Schritt ein Vorprojekt zur Klärung unterschiedlicher Detailfragen erstellt werden kann.

Im Rahmen des Vorprojekts werden nun die Geometrie der Fahrspuren in Lage und Höhe definiert und die verkehrlichen Auswirkungen beurteilt, da unter anderem aufgrund des geplanten Ausbaus der Strasse Vaduz-Triesen eine neue Verkehrssituation in unmittelbarer Nähe der Rheinbrücke Vaduz-Sevelen entsteht.

Im Zuge des Vorprojektes gilt es insbesondere auch den Umgang mit dem geplanten Neubau des Landesspitals aufzuzeigen. Ursprünglich geplant war eine zeitlich abgestimmte Vorgehensweise, da durch die Erweiterung der Fahrspuren eine Aufschüttung erforderlich ist. Durch die Verzögerung beim Neubau des Landesspitals ist nun zu prüfen, ob die Vorschüttung vorgängig ausgeführt werden kann ohne den Neubau zu behindern.

Zudem sollen im Zuge der Arbeiten der Vorschüttung für die Spurverbreiterung Verbesserungen für den Hochwasserschutz erfolgen.

Durch den Spurausbau und die Spurbewirtschaftung profitiert auch der öffentliche Verkehr. Die Fahrplanstabilität kann durch die Verflüssigung des Verkehrs verbessert werden.

Unter der Berücksichtigung der anstehenden Entwicklung der Detaillösungen sieht der Zeitplan vor, dass das Vorprojekt bis Ende des ersten Quartals 2024 abgeschlossen und anschliessend das Bewilligungsverfahren initiiert werden kann. Eine Inbetriebnahme der zukünftigen Spurbewirtschaftung und der ausgebauten Strassensituation ist nach aktuellem Planungsstand frühestens Ende 2026 möglich.

Pressekontakt:

Ministerium für Infrastruktur und Justiz
Amt für Tiefbau und Geoinformation
Marco Caminada, Amtsleiter
T +423 236 68 45
marco.caminada@llv.li

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100906668> abgerufen werden.